# Kritik der Moral

## Eine unmoralische Streitschrift

**Triggerwarnung:**
Achtung, der Inhalt dieser Broschüre kann bei empfindsamen Menschen Bauchschmerzen hervorrufen.

exil
November 2023, Münster

https://exil.noblogs.org

Bei Interesse an der Broschüre:
exil@systemausfall.org

# Inhalt

# Einleitung einer unmoralischen Streitschrift – oder: Politik statt Moral!

Die radikale Linke – oder große Teile derer, die sich selbst als radikale Linke verstehen – steckt in einem tiefen Sumpf. Interne Diskussionen über das richtige Verhalten innerhalb der Bewegungen, Ressentiment gegenüber allen, die anderen Codes folgen, Beißreflexe und Denunziationen abweichender Positionierungen bestimmen seit Jahren weite Teile der linken Auseinandersetzungen in der BRD: Ob es die Debatte um Anerkennungskämpfe und Identitätspolitik ist, ob es um ein intersektionales Politikverständnis, den Imperativ zur Selbstreflexion wie critical whiteness oder kritische Männlichkeit, Definitionsmacht, Bedürfnisorientierung oder kulturelle Aneignung geht – im Zentrum geht es dabei immer um die moralische Frage danach, ob wir als Linke auf der richtigen Seite stehen oder nicht. Diese Auseinandersetzungen, die meist aus der Perspektive unhintergehbarer subjektiver Betroffenheit und eben nicht auf dem Hintergrund theoretisch fundierter Positionen geführt werden, werden oftmals nur unterschwellig statt im politischen Streit ausgetragen.

Wir kennen aus jahrelanger linksradikaler Praxis nur zu gut, wie es ist, wenn auf einem Plenum subkutan eine als hierarchiefrei getarnte Gesprächsstrategie mit allen Mitteln der Kunst eine repressive Grundstimmung erzeugt: Das Politische an unterschiedlichen Positionen und Dissensen wird dann auf die individuelle Ebene gebracht und um Gegenargumente zu unterlaufen, geht es vor allem darum, Scham bei denen zu erzeugen, die nicht dem herrschenden Diskurs einer moralisch agierenden Linken entsprechen. Bei denjenigen, die mit diesem moralischen Politikverständnis wenig oder nichts anfangen können, bleibt diese Scham, vermeintlich unmoralisch zu denken und zu handeln, sich dieser politischen Identität nicht zu unterwerfen und sich damit diskursiv ins Abseits zu katapultieren.

Kennt ihr diese Situationen auch, in denen es schwerfällt, Formulierungen zu finden, warum Betroffene nicht automatisch Recht haben können, warum euch eine Beteiligung an einer aufgezwungenen Pronomenrunde nicht behagt, ihr euch nicht für Dreadlocks rechtfertigen wollt, ihr es für falsch haltet, euch in einer oberflächlichen Diskussion über den Nahostkonflikt den moralischen antideutschen Argumenten anzuschließen und ihr zugleich einer Aufforderung nach unbedingter Solidarität mit allen Kräften in Palästina

nicht nachkommen könnt, ihr euch als Differenzfeministin keine Transfeindlichkeit vorwerfen lassen wollt, ihr den Eindruck habt, dass die infantilisierenden Moderationsmethoden eines Plenums vor allem dazu dienen, inhaltliche Streitpunkte unter den Teppich zu kehren und wenn weder identitätspolitische noch dogmatisch-klassenkämpferische Politikansätze die Infragestellung des Ganzen auf den Punkt bringen? Die Liste der Beispiele für dieses Unbehagen ließe sich noch länger fortsetzen.

Ausgehend von diesem Unbehagen müssen wir endlich unsere Sprachlosigkeit überwinden und unsere Handlungsunfähigkeit durchbrechen. Kommen wir endlich in den Streit, statt hinterrücks zu denunzieren und denunziert zu werden.

Wir gehen mit dieser unmoralischen Streitschrift davon aus, dass wir an einem historischen Punkt angekommen sind, an dem in der radikalen Linken alles zur Disposition steht. Klar ist jedoch, dass eine Politik, die sich aus schlechtem Gewissen und der Kontrolle des eigenen Verhaltens sowie dem der anderen bestimmt, nicht der Dramatik der globalen Verhältnisse adäquat entgegentreten kann.

Diese Broschüre soll einen Beitrag dazu leisten, dass wir wieder fähig werden zu dissidenten Positionierungen zu kommen, auch wenn sie umstritten sind. Die Kapitel der Broschüre erheben nicht den Anspruch, umfassend eine politische Theorie zu entfalten. Sie wollen Denkanstöße, Provokationen oder sogar Polemiken sein über das Bestehende der real existierenden Linken, die wiederum zur Herausforderung, Selbstvergewisserung und zum Widerspruch provozieren sollen. Wir wollen wieder eine Überwindung des Bestehenden ins Zentrum linker, antagonistischer Politik stellen, statt uns von moralischen Ressentiments und Verhaltenskontrollen bestimmen zu lassen! Denken und diskutieren wir wieder politisch, stellen wir das Ganze in Frage!

# Moral ist doch was Gutes

*»So wie ihr hier über Feminismus redet, ist mir das einfach zu moralisch: Anerkennung diverser Identitäten hier, Reflexion der eigenen Privilegien da, das hat für mich wenig mit Politik zu tun«, sagt Person X. Person Y erwidert darauf: »Das verstehe ich nicht. Moral ist doch etwas Gutes. Und was könnte denn linker sein als niemanden diskriminieren und ausschließen zu wollen?«*

Ob Feminismus, Rassismus, Internationalismus, die Zuwendung zu den Prekarisierten: Es gibt kaum ein Thema in der Linken, das nicht moralisch aufgeladen ist, keine Diskussion, deren Anfang und Ende nicht Fragen des richtigen oder falschen Verhaltens sind. Ist es nicht so, dass wir uns zu wenig diesen oder jenen (oder ihren »Kämpfen«) zuwenden, dass wir noch dieses oder jenes tun **sollten**, dass wir hier oder da noch diese Diskriminierung oder jenen Ausschluss übersehen haben? Wie schaffen wir es also, besser zu sein? Mehr über unsere Privilegien reflektierend, weniger ausschließend nach außen, korrekter sprechend, weniger ressourcenverbrauchend, ökologischer, besser, weil emphatischer im Umgang untereinander? Die moralischen Ansprüche, die selbst internalisierten und die von anderen an uns herangetragenen, auf deren Anerkennung wir uns angewiesen fühlen, scheinen endlos: Wir genügen nie, wir sind nie gut genug! Was bleibt, ist die traurige Mühe der täglichen Arbeit an uns selbst, um den Erwartungen besser zu entsprechen oder zumindest um unsere Ungenügen ein wenig zuzudecken: Wenn doch die andren nicht merken, was für Schweine wir in Wirklichkeit sind!

Dieser Moral geht es letztlich immer um sich selbst, sie kreist um das eigene Ich. Wir reden uns und anderen gerne ein, dass wir um der anderen willen empathischer und bessere Menschen sein wollen, aber letztlich geht es doch um unser eigenes Verhalten, dass vor den anderen bestehen kann oder eben nicht. Deshalb ist es auch nicht so sehr Schuld, die uns befällt, wenn wir bei unserem unmoralischen Verhalten, beim heimlichen Fleisch essen, beim Lachen über einen sexistischen Witz, beim politisch unkorrekten Spruch erwischt werden, sondern Scham: Wie konnten wir uns eine solche Blöße geben, was werden die anderen denken?

Wer kennt sie also nicht, die beklemmende Atmosphäre von Plena, in denen in den meisten Köpfen das gleiche vorzugehen scheint: Bloß nichts Falsches sagen, sich nichts anmerken lassen, was von anderen als diskriminierend empfunden werden könnte, am

besten keine Gemütsregungen zeigen, die etwas anderes zum Ausdruck bringen als eine angestrengt freundliche Aufmerksamkeit, die darüber wacht, dass hier im Raum nichts geschieht, womit sich Menschen unwohl fühlen könnten. Auch dass ist also eine Seite der Moral: Sie schöpft ihre Lust nicht nur aus der Beobachtung und Kontrolle des eigenen Verhaltens, sondern auch aus dem Vergleich mit den anderen: Wenn ich schon nicht moralisch vollkommen bin, so sind es doch die anderen auch nicht, und zumindest bin ich ein moralisch höher stehender Mensch, wenn ich sie auf ihre Verfehlungen hinweisen und so beschämen kann. Mit der Moral geht schließlich, das wissen wir spätestens mit Nietzsche, beides einher: die Traurigkeit und der Sadismus.

Und genauso passt die Moral in eine neoliberal hervorgebrachte Subjektivität und jene narzisstische Persönlichkeitsstruktur, die von dieser Subjektivität hervorgebracht wird. Sie reproduziert deren Streben nach ständiger Selbstoptimierung, ja sogar die Tatsache, dass diese Selbstoptimierung notwendig auf dem Prinzip der Konkurrenz beruht. Das Feld, auf dem sich diese Konkurrenz bewegt, ist nun allerdings nicht mehr das Fortkommen in der bürgerlichen Welt, die Anerkennung in der Mehrheitsgesellschaft, sondern die ständige Mühe um das Gute. Mit dem Siegeszug der Grünen ist dieser moralische Anspruch des Politischen aber längst in die Mehrheitsgesellschaft eingezogen. Als unmoralisch inszeniert sich heute vor allem die Rechte, die auf Normen und Konventionen, die gesellschaftlich anerkannt sind, pfeift und ihre Inszenierung als moralischen Grenzübertritt begreift, der von der bürgerlichen Gesellschaft mit Verachtung gestraft wird.

Aber ist die Moral dadurch automatisch links, weil sie von den Rechten verachtet wird? Moral ist schließlich immer auf ein Ensemble von Werten und Normen bezogen, an denen das Verhalten einzelner überprüft und aufgrund derer es als richtig oder falsch beurteilt wird. Eine emanzipatorische Analyse zeichnet sich dadurch aus, dass sie diesen in einer Gesellschaft oder auch nur in einem Kollektiv nachgeht, sie auf ihre Begründungen hinterfragt, ihre Funktionen zu durchdringen sucht. Links sein bedeutet an allem zu zweifeln, auch an den internalisierten wie den von uns erwarteten moralischen Ansprüchen der Linken. Dazu aber müssen wir im Denken für einen Moment fähig sein, von der Moral zu abstrahieren, um begreifen zu können, wie diese Welt strukturiert ist, mit welchen moralischen Vorstellungen wir unser Verhalten in ihr begreifen und warum das so ist.

Wenn wir dagegen in den Fragen der Moral steckenbleiben, werden wir die Repression nicht bekämpfen können, die uns doch manchmal mehr zu schaffen macht, als die der

Justiz und Polizeiknüppel, weil sie sich in unser Inneres hineinbohrt: Die autodestruktive Scham über unsere Unvollkommenheit, unser Scheitern an unserem eigenen Ich-Ideal so wie die repressive Bloßstellung der anderen, denen wir lustvoll ihre Unvollkommenheit vor Augen führen und die wir moralisch wie politisch korrekt bloßstellen dürfen. Niemals werden wir jene lebenszerstörerischen Strukturen überwinden können, wenn wir uns in die Falle locken lassen, immer weiter an uns selbst zu arbeiten, um uns weniger schämen, um in unseren und den Augen der anderen besser bestehen zu können. Denn nichts wäre unpolitischer und harmloser angesichts einer Welt der Gewalt.

**»Der Westen hat, und das ist ein so alter Trick, die Moral eingeführt, um über Politik nicht reden zu müssen. Moral, weil sie unter allen möglichen Standpunkten ausgerechnet den herzzerreißenden wählt, macht sich selber handlungsunfähig; deshalb ist sie so beliebt. Einen Vorgang moralisieren heißt, ihm seinen Inhalt nehmen.«**

*Ronald M. Schernikau*

## Polizeiliche Logiken oder der Schrei nach Awareness

> *»Auf jeden Fall brauchen wir noch eine Awareness-Crew. Diese sollte einen Leitfaden erarbeiten und vorstellen, wie wir bei diskriminierenden Vorfällen und wenn sich Menschen unwohl fühlen vorgehen wollen.«*

Es gibt eine Selbstverständlichkeit von Awareness in linken Räumen und den breiten Konsens: Einerseits müssen wir alle aufmerksam sein, aufeinander achten, um diskriminierendes Verhalten sofort zu unterbinden, andrerseits brauchen wir aber auch ExpertInnen, die dies für uns alle tun. Sie übernehmen damit zunächst eine präventive Funktion. Auch wenn dies selten offen so gesagt wird,wirkt allein die, oft durch Armbinden sichtbar gemachte Präsenz der Awarenesscrew so, dass sie die internalisierten Mechanismen der Selbstkontrolle und -disziplin befördert: Wer wird sich nicht anständiger verhalten, besser auf seine Sprache achten, sich in moralischer Hinsicht also besonders anstrengen, wenn sie oder er weiß, dass da jemand steht, der das Verhalten unauffällig, freundlich von außen überwacht und ggf. sanktioniert durch jene Maßnahme, die in moralischer Hinsicht so ungeheuer erfolgreich ist: Die Schuldigen zu beschämen.

Wer aber definiert, was hier ein schuldhaftes, falsches Verhalten ist? Zunächst natürlich der oberste Grundsatz linker Moral: niemanden zu diskriminieren, niemanden übergriffig zu behandeln. Was aber diskriminierend ist, oder nicht, das haben die Betroffenen selbst zu entscheiden. Es ist also das Gefühl derjenigen, die an einem Verhalten Anstoß nehmen, was zum obersten Maßstab des Urteils im Sinne der Awareness wird. Die Awareness hat die Funktion Schutzmacht zu sein für diejenigen, die in ihren eigenen Augen zu Opfern werden. Das Opfer-Sein wiederum legt ein bestimmtes Verhalten nahe: an diejenigen zu appellieren, die einschreiten und im Sinne und Auftrag des Opfers die Täter*innen sanktionieren. Anders freilich als im bürgerlichen Rechtsverständnis gibt es hier kaum objektiv anzuwendende Kriterien, sondern nur die Aufzählung potentiell immer zu ergänzender Diskriminierungsformen, verbunden mit der Aufforderung diese als unerwünscht zu unterlassen. Und es gibt das Opfer, das berechtigt ist, moralische Anklage zu erheben: Diese Anklage aber erlaubt keine Diskussion, denn wer sich als Opfer definiert, der hat Recht, dem muss geglaubt werden, dessen Forderungen sind umzusetzen. Zwischen Opfer und

Täter ist kraft der moralischen Definition ihrer Rollen eine Aushandlung genauso undenkbar, wie sich auch verbietet, das vom Opfer hervorgebrachte in Frage zu stellen.

So wird Awareness zur polizeilichen Überwachung des moralisch erwünschten Verhaltens und dient der Sicherstellung seiner Durchsetzung. Sie hat damit auch eine Funktion der Entlastung. Ich kann mich sicher fühlen, denn wir haben ja eine Awareness, deren Aufgabe die Aufmerksamkeit ist. Andere übernehmen eine Sicherheitsgarantie, um mithilfe des Appells an einen moralischen Konsens jenen Raum herzustellen, den es braucht, damit ich mich zum einen sicher, zum anderen vom moralischen Anspruch des Schutzes anderer ein wenig entlastet fühle. Auch in der verwalteten Linken braucht es also eine Instanz, an die das Sicherheitsempfinden delegiert werden kann. Von der polizeilichen Logik befreien wir uns so nicht. Nur weil unsere Repression selbstbestimmt und -gewählt ist, ist sie noch lange nicht emanzipatorisch.

## Befindlichkeitsrunde

*Die Politgruppe trifft sich, d.h. »im Plenum«. Ritualisiert beginnt man damit, dass man seine aktuelle Befindlichkeit mitteilt. Ein ›Mir geht's gut‹ macht die Runde, was wohl ziemlich belanglos und wenig aussagekräftig ist. Aber was passiert, wenn jemand mitteilt, dass es ihm/ihr schlecht geht, weil die Mitbewohnerin psychisch erkrankt ist und man sich völlig ausgebrannt fühlt? Es passiert nichts. Oder man gibt zu verstehen, wie toll man ist, weil man es trotz vieler Widrigkeiten geschafft hat, zum Plenum zu kommen.*

Dahinter steht das Bedürfnis nach Anerkennung der Bedürftigkeit, aber auch der Impuls, die Erwartungen der Gruppe an die eigene Person zu drosseln, sich einen Schonraum zu schaffen. Es stellt den Versuch dar, in der politischen Gruppe das individuelle Befinden als Bestandteil von politischer Arbeit sichtbar zu machen. Die Aufspaltung in Politik hier, Privates da soll überwunden werden. Der sog. »subjektive Faktor« soll seinen Ort finden. Es ist eine Konsequenz aus der Erfahrung linker politischer Arbeit in den 70er und 80er Jahren, die »kalt« und »herzlos« ihre Subjekte »verheizte« und rücksichtslos die individuellen Bedürfnisse missachtete, weil alles dem politischen Kampf unterzuordnen war. Als der gesellschaftliche Niedergang der Linken insgesamt dann in den 90er Jahren zu beobachten war, wurde diese soziale Praxis und die negativen Erfahrungen der Subjekte unbewusst reflektiert, und im Ergebnis wollte man diese Kaltschnäuzigkeit und Rücksichtslosigkeit nicht wiederholen.

Der Satz »Politik in der ersten Person« hielt Einzug in die linksradikale Szene wurde jedoch in seiner Popularisierung gründlich missverstanden oder besser gesagt, vom Neoliberalismus gekapert.

Der Slogan meint eigentlich den politischen Ansatz, dass politische Arbeit und Aktion immer auch das eigene Leben und den eigenen Standort im Blick hat, man keine Stellvertreterpolitik machen will. Negativ-Beispiel: ich mache Politik, um die Arbeiterklasse zu befreien, um dann eine befreite Gesellschaft zu erreichen. Positiv-Beispiel: ich mache Politik, weil ich eine gerechte Gesellschaft für mich und alle anderen Menschen erkämpfen will.

Die Befindlichkeitsrunde ist nun zur Verhohnepipelung dieses politischen Ansatzes geronnen, weil sie in der Praxis oft der Ritualisierung nicht entkommen kann und zur Banalität verkommt. Aber die Subjektivierung von uns Menschen durch neoliberale Strukturen und Praxen lässt auch noch eine andere tieferliegende Schlussfolgerung zu. Das neoliberale Individuum ist ideologisch so geformt, dass es den Anforderungen eines hochentwickelten globalisierten Kapitalismus gerecht werden und funktionieren soll. Das autoritäre Regime ist seit der 68er Revolte passé, stattdessen kommt die Kontrolle nicht mehr von außen, vom Vater, vom Pastor, vom Lehrer, von Gott, sondern von innen. Wir selbst allein sind für das Gelingen oder Misslingen unseres Lebens verantwortlich, es gibt daraus kein Entrinnen! Niemand befiehlt uns, wir haben immer die Wahl. Das fängt schon in der Kleinkinderziehung an. Nein, wir müssen wählen. Welche unendliche Qual, denn natürlich werden wir beherrscht und dirigiert, nur ist diese Herrschaft für uns unsichtbar. Das neoliberale Subjekt kennt nur sich selbst, und es steht in permanenter Konkurrenz zum Ich der anderen. Es ist ständig auf sich selbst zurückgeworfen und ist nicht mehr in der Lage, sich zum Ganzen in ein Verhältnis zu setzen. Alles dreht sich um mich, muss sich um mich drehen, denn sonst verliere ich meine Existenzberechtigung. Die damit verbundene zwangsläufige Überforderung führt zum Ruf nach Schonräumen oder Achtsamkeitstechniken, um die eigene Erschöpfung oder auch angebliche Inkompetenzen zu verschleiern. Daher ist es auch extrem wichtig, dass der/die Andere in der Befindlichkeitsrunde mir widerspiegelt, dass ich richtig gehandelt habe, dass ich richtig esse, liebe, kaufe, reise, denn ich allein bin verantwortlich für den Zustand der Welt. Und daher ist es wichtig, dass ich den anderen von mir berichte, wie es mir geht, was mich beschäftigt, bevor ich in den Gruppenprozess einsteigen kann, in dem ich zwangsläufig als einzelnes Individuum verschwinde.

## Verregelte Streitvermeidung

*Es ist mir ein Bedürfnis, regelmäßig meine Beziehungsperson zu sehen und deines ist es, Politik zu machen. Beides ist doch gleich wertvoll.*

Lasst uns also nicht streiten, darum, was gutes Leben bedeutet. Jede*r weiß doch für sich am besten, was er*sie braucht und vom Leben will. Denkt jede*r an sich, dann ist an alle gedacht. Das Ideal ist, dass jede*m die Freiheit gegeben wird, sich selbst auszudrücken - Ganz frei von Beschränkungen. Also wie steht man einander nicht im Weg, wie bekommt man es hin, möglichst nicht in Kontakt/in Reibung miteinander zu kommen? Wie schafft man es, möglichst nicht miteinander, sondern aneinander vorbei zu leben?

Dafür gibt es verschiedene sprachliche Modelle, die einen dabei helfen sollen wie z.B. die Gewaltfreie Kommunikation (GFK), welche von der Überzeugung lebt: Ich kann niemand anderen verändern, sondern nur mich selbst. Ich werde nicht von anderen schlecht behandelt, sondern ich sorge dafür, dass mich niemand mehr schlecht behandeln kann, indem ich die Art und Weise, wie wir miteinander sprechen, komplett verregelt. Wenn du nicht mit »Meiner Meinung nach« beginnst, oder nicht mit »Mein Bedürfnis ist« antwortest, dann wird dir schnell übergriffiges und dominantes Verhalten attestiert und im Höchstfall wirst du als toxisch und damit als die saubere Umwelt verpestend ausgeschlossen. Also ist das Höchste der Gefühle, dass wir einander unsere echten Gefühle und die daraus folgenden echten Bedürfnisse nennen und dann einen Kompromiss finden. Die traurige Prämisse ist, dass ich auf die Welt und den*die andere*n keinen Einfluss habe, und damit ziehe ich mich lieber ins »Private« meines »Save Space« zurück. Die gewaltfreie Kommunikation lebt von der Ideologie, dass Herrschaft und Hierarchie durch verregelte Kommunikation ausgesperrt werden können, dabei leben wir in einer Welt voller Herrschaft und Hierarchie. Denn natürlich gibt es z.B. Wissenshierarchien, die Reibung bedeuten, denn sie zeigen uns auf, wie wenig wir wissen, aber auch, wie viel es noch zu wissen gibt und was uns weiterbringen könnte – gemeinsam. GFK geht nicht davon aus, dass man sich annähern kann, dass Streit und Konflikte zur Weiterentwicklung nötig sind. Ja, sie geht davon aus, dass Weiterentwicklung nur in einem selbst geschehen kann und das ist notgedrungen moralisch, da es sich auf einer individuellen Verhaltensebene abspielt. Wie kann ich mich selbst so domptieren, dass ich selbst meine Gefühlswelt rein und sauber und damit kontrolliert halte? Wenn ich unglücklich bin, bin ich also selbst

daran schuld. Wenn Politik ein Bedürfnis ist, bedeutet es, dass es dabei nur um meine eigene Weiterentwicklung geht und nicht um die Gesellschaft, ja um die Welt. Es bedeutet, dass wenn ein*e Genoss*in was Falsches sagt, dann kann ich die Person abhaken, denn Entwicklung von anderen gibt es nicht.

Es bedeutet, einen permanenten Schutzpanzer vor dem*der Andere*n aufzubauen, indem ich meine Gefühlswelt möglichst autark halte. Jemand anderes anzuschuldigen und Urteile zu fällen, ist verpönt in der Gewaltfreien Kommunikation. Es geht nur um mich.

Es bedeutet unfähig zu sein zu lieben. Denn Liebe bedeutet, an die Entwicklung des Gegenübers zu glauben. In den Worten Max Frischs: »Eben darin besteht ja die Liebe, das Wunderbare an der Liebe, dass sie uns in der Schwebe des Lebendigen hält, in der Bereitschaft, einem Menschen zu folgen in allen seinen möglichen Entfaltungen.«

## Moderation und Methoden

*Nach der Mittagspause wurden wir in Kleingruppen eingeteilt, die jeweils 45 Min. zu einem Thema arbeiten und im Anschluss die Ergebnisse präsentieren sollten. Nach der letzten Präsentation ging die Moderation unmittelbar zum nächsten Punkt der Tagesordnung über, der vorsichtige Einwand einer Genoss*in »Moment mal, wollen wir über die Ergebnisse nicht noch kurz diskutieren?« ging schon im Getrampel der nächsten Kleingruppenfindungsphase unter.*

Auch in der Linken verbreitet sich eine Professionalisierung von Moderation, Methoden (und Mediation). Ein Trend, der auch in der Business-Welt auf viel Anklang stößt: Im Job werden Weiterbildungen zu Moderation und Methoden angeboten - so wie in der Linken.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Eine gute Vorbereitung und eine strukturierte Moderation ist eine wahnsinnige Hilfe bei Diskussionen, Treffen oder Veranstaltungen; ab und zu eine Kleingruppe kann auflockern oder Menschen in die Diskussion holen, die sich davor scheuen in der großen Gruppe zu sprechen.

Dennoch schießen Moderation und Methoden, Warm-Up Spielchen oder Emo-Runden oft über das Ziel hinaus.

Radikales Denken braucht Raum und kein methodisches Korsett: Unter Methoden versteht man im Allgemeinen die planmäßige Art der Durchführung eines Vorhabens – so weit, so gut. Allerdings schnüren Methoden den kritischen Geist, mal mehr, mal weniger, ein: Angefangen bei einer konkreten Fragestellung, gibt die gewählte Methode einen Lösungsweg und damit indirekt auch ein Ergebnis oder vielmehr einen Ergebnisraum vor. Denn der Lösungsweg ist, wie der Name schon sagt, Teil der Lösung, angefangen beim kritischen Blick auf die Ausgangsfrage. Die technische Form, im Sinne der Zielerreichung, steht im Vordergrund und wird wichtiger als der Inhalt.

Viele Methoden aus der Business- und Management-Welt legen den Fokus auf »human centered design«, so zum Beispiel der »Design-Thinking-Prozess« (das mit den bunten Post-Its). Dabei wird bei der Lösung eines Problems oder der Entwicklung eines Produktes der*die Nutzer*in in den Mittelpunkt der Überlegungen gestellt. Klingt erstmal gut, birgt aber Fallstricke: Die vorgegebenen Methoden kreisen um das Individuum und schaffen quasi einen Tunnelblick, der den gesellschaftlichen Kontext fast systematisch ausklammert. Was für Unternehmen im Silicon Valley funktionieren mag, funktioniert noch lange nicht in anderen gesellschaftlichen Kontexten.

Die verwendete Methodenvielfalt, Moderationstechniken und deren Einsatz sind in den meisten Fällen keine Erfindung linker Subjekte, sondern ein übernommener Trend (um nicht zu sagen Mittel der Machtausübung) aus der neoliberalen Bildungs- und Business-Welt. Dabei werden letztendlich nicht nur Methoden, sondern auch neoliberales Denken übernommen, denn Methoden sind nicht ideologiefrei. Das emanzipatorische Element der Moderation wird über den Umweg durch den Neoliberalismus zum Machtelement.

Noch viel schlimmer wird es, wenn Moderationstechniken dazu benutzt werden, ein konkretes, von den Moderator*innen anvisiertes Ziel zu erreichen. Mit »Argumenten« wie zum Beispiel der fortgeschrittenen Zeit oder unpassenden Diskussionssträngen können unliebsame Meinungen einfach »wegmoderiert« werden: *»Jaaaa, ein guter und wichtiger Punkt, aber ich würde das jetzt, mit Blick auf die Uhr, erstmal in den Themenspeicher packen, sonst kommen wir hier wirklich nicht weiter.«*

Woher kommt das Bedürfnis, Diskussionen generalstabsmäßig durchzuplanen, immer neue Moderationsskills zu sammeln und »fancy« Methoden auszuprobieren? Je besser ein Treffen durchgeplant und strukturiert ist, je mehr Kleingruppen und Methoden eingesetzt werden, desto kleiner wird die Wahrscheinlichkeit in inhaltliche Konflikte zu geraten und diese austragen zu müssen. Wir müssen gar nicht mehr diskutieren, ist das nicht toll? Das methodische Korsett verhindert Streit und sorgt für Wohlfühlatmosphäre. Jede*er kommt zum Zug, alle dürfen etwas sagen, am Ende hat man das vorgegebene Ziel – sogar in der Zeit – erreicht und ist der Revolution doch keinen Schritt näher gekommen.

Dabei drängt sich die Frage auf, ob Streit und Meinungsverschiedenheit nicht auch produktiv sein können und die systematische Vermeidung der Konfliktsituation dazu führt, dass sich alles weiter im Wohlfühlkreis dreht.

Der Narzissmus des Nicht-Mitkommens: Eines der wahrscheinlich häufigsten Argumente für das methodische Vorgehen ist die Rücksicht auf Teilnehmer*innen, die neu dabei sind, sich nicht trauen vor größeren Gruppen zu sprechen oder aus anderen Gründen nicht mitkommen. Ehrenwert und rücksichtsvoll läuft die Argumentation aber Gefahr, in die Kapitulation vor dem Narzissmus umzukippen. Wir wollen alle mitnehmen, offen sein und Rücksicht nehmen, aber dazu gehört auch das doofe Gefühl, etwas nicht zu verstehen oder mal nichts beitragen zu können. Orientieren sich Form und Inhalt immer daran, allen ein gutes Gefühl zu vermitteln, wird es nicht voran gehen.

Schließlich geht es zu guter Letzt immer darum, das Ganze der Verhältnisse oder, etwas salopp formuliert, die Gesamtscheiße in Frage zu stellen.

## »Intersektionalität« –
## der ineinander verschränkte Schmerz

*»Ihr macht mich unsichtbar,« schrie sie*, den Tränen nah. Alles klar, der Schmerz war echt, also schrieben wir noch panisch neurodivers unter das Selbstverständnis des fiktiven 8. März Bündnisses. Besorgt schauten wir auf den langen Katalog von Diskriminierungskategorien und hofften, dass wir niemanden vergaßen, denn es sollte doch niemand ausgeschlossen werden.*

Seit die Juristin Kimberlé Crenshaw den Begriff »Intersektionale Diskriminierung« prägte, differenzierte sich die Kategorienlandschaft immer weiter aus. So lautet der Imperativ: Halte dich up to date, und leider nicht: Finde heraus, woher Unterdrückung kommt, um sie dann zu bekämpfen.

Dahinter stecken zwei Ambitionen: Die einen kritisieren Kategorien grundsätzlich und verneinen damit die Homogenität von Gruppen. Die Anderen streben an, die komplexe Realität adäquat(er) zu erfassen und zu konzeptualisieren. Denn dann können einzelne Gruppen intersektional gefördert werden, sodass sie an der Gesellschaft partizipieren können.

Was erst mal ganz nett und sozialarbeiterisch klingt, beherbergt aus einer linken Perspektive zwei große Probleme.

Zum einen suggeriert dies die Möglichkeit, dass alle im Kapitalismus einen Platz an der Sonne zugebilligt bekommen können, wenn man nur intersektional und möglichst aware für jede Art von Diskriminierung Fördermaßnahmen verteilt. Es ist doch kein Geheimnis, dass im Kapitalismus nicht jede*m ein Platz an der Sonne vergönnt ist. Unterdrückung wird also nur umverteilt und eine andere Gruppe ist ganz unten. Dies führt zu einem never-ending Kreislauf, den es zu durchbrechen gilt, indem man die Ursprünge und Mechanismen von Unterdrückung analysiert und nicht indem man pionierartig, wieder eine neue Form der Diskriminierung herausschält und damit zum uninspirierten Schluss kommt, dass Unterdrückung all zu real ist. Dass diese grausam und schmerzhaft ist, ist wohl bekannt. Jetzt geht es darum, Wut und Trauer in Widerstand zu verwandeln und nicht zu hoffen, dass z.B. das 8. März Bündnis diesen Schmerz auffangen und relativieren kann. Das ist doch keine Zusammenkunft von Opfern, sondern von Kämpfer*innen!

Außerdem und das ist die weitaus schlimmere Folge des Intersektionalitätsdiskurses, dass wir Linken uns mundtot machen, wenn vor uns jemand sitzt, der*die intersektional diskriminiert wird. Wir neigen dazu, der schwarzen Frau und den jüdischen Immigranten die Hoheit in jeder Diskussion zu geben. Als hätten wir keine Meinung zu Themen. Als wäre unsere einzige Aufgabe, ihrer Identität zu applaudieren. Doch wenn ich ihnen Kontra gebe, nehme ich sie als politische Subjekte ernst, mit denen es sich lohnt, in einen echten Austausch zu gehen, sich zu streiten und in aller Verschiedenheit Kompliz*innen zu werden.

## Der Zerfall des politischen Subjekts »Frau« – Cis-Frau oder die Pronomenrunde

*»Ich begrüße euch zu unserem Workshop. Bevor wir mit der Arbeit beginnen, schlagen wir vor, eine Vorstellungsrunde zu machen. Wenn ihr euren Namen sagt, fügt doch bitte euer Pronomen hinzu. Ich bin Lisa, Pronomen ›sie‹.« Dann folgt eine Aneinanderreihung von Namensnennungen, meistens mit hoher Übereinstimmung zwischen äußerem Erscheinungsbild und dem Pronomen. Aber alle fühlen sich auf der Höhe der Zeit, weil sie Paul die Möglichkeit gegeben haben, sich in seiner gewünschten Identität, Pronomen ›sie‹ zu präsentieren.*

**Was bedeutet das eigentlich?**
Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, vor allem in queerfeministischen Kreisen, dass Abweichungen von binärer Geschlechtlichkeit gesellschaftlich nicht akzeptiert sind. Diskriminierung und Transphobie usw. sollen in den eigenen Reihen als menschenverachtend keinen Platz haben. Daher braucht es den angstfreien Raum, den safe space. Geschlecht soll kein Merkmal der individuellen Identität mehr sein, denn Geschlechtlichkeit ist angeblich fluide, auf keinen Fall aber binär. Die Binarität der Geschlechter ist Teufelswerk und wer diese behauptet, ihr womöglich noch anhängt, ist ja so von gestern.de, so schlägt es Frau entgegen.

Diese feministische Politik erstarrt zu Anerkennungs- und Menschenrechtspolitik, die ihre gesellschaftliche Berechtigung und ihren Ort hat im Universum der Repräsentation und Verrechtlichung in einem bürgerlich-kapitalistischen System. Sie beschäftigt sich mit sich selbst und führt in eine Sackgasse, anstatt das Ganze der Gesellschaft in den Blick zu nehmen. Queerfeminismus, und wir meinen nicht die Queer-Bewegung, korrespondiert perfekt mit einem Kapitalismus, der diverse Subjekte braucht, entsprechend der fortschreitenden Diversifizierung der Warenwelt, des Marktes und der Notwendigkeit, Profitraten einzufahren.

FLINTA in den Arbeitsmarkt!

Den theoretischen Background dafür lieferte der sog. Dekonstruktivismus, der mit seiner prominentesten Vertreterin, zumindest im deutschsprachigen Raum, Judith Butler, mit ihrem Buch »gender trouble« bzw. »Das Unbehagen der Geschlechter« von 1990 seine

personale Verkörperung gefunden hat. Die Philosophin galt in politikwissenschaftlichen Kreisen an den Universitäten als das Fortschrittlichste, was der Feminismus zu bieten hat, so dass eine ganze Generation von Feministinnen bis heute diesem Theorem anhängen. Darüber hinaus sickerte er in alle politischen Strukturen wie Gewerkschaften, Parteien, NGOs, aber auch Kommunalverwaltungen und Ministerien unter dem Begriff der »Gender-Gerechtigkeit« ein. Die Grüne Partei begann sogar schon in den 90er Jahren, den Begriff des Feminismus mit »Geschlechtergerechtigkeit« zu entsorgen.

Die Zuordnung zu einem Geschlecht, sowohl sozial als auch biologisch (sex und gender in der englischen Sprache zu unterscheiden), geschieht durch sprachliche »Anrufung«, sagt Butler, und ist entsprechend als soziale Konstruktion zu korrigieren. In letzter Konsequenz entledigt der Queerfeminismus sich so der Weiblichkeit und ordnet alle menschlichen Ausdrucksformen dem Patriarchat, allerdings divers verpackt, unter. Adieu Frau! Wie muffig das klingt, spricht die Queerfeministin. Die Kategorie »Frau« verschwindet auf Nimmerwiedersehen, sie wird unsichtbar gemacht und ihre Unterdrückung im Patriarchat auch gleich mit.

Doch wir sagen: Wir sprechen weiterhin von »Frauen«, denn wir überlassen das Feld nicht dem »Mann«. Den oft erhobenen Vorwurf, damit ein Wesen der Frau zu behaupten, weisen wir energisch zurück. Der Wunsch nach einer anderen Welt krepiert in der Pronomenrunde und geht eben nicht in Anerkennungspolitik auf!

## Kritische Männer

*Nach einem Vormittag auf dem Polit-Camp, der für ein ergebnisloses FLINTA-Plenum reserviert war, ist die Stimmung bei den Teilnehmerinnen am Boden. Die Männer der Gruppe kommen derweil fröhlich vom Baden wieder. »Es nervt mich«, sagt Genossin X »dass während wir uns als Frauen ständig mit Feminismus beschäftigen müssen, die Männer einfach nix tun, weil sie meinen, dass sie das nichts angeht. Die sollen sich in der Zeit wenigstens mal mit kritischer Männlichkeit beschäftigen.«*

**… Eigentlich dürfte hier nichts mehr stehen … Denn als Feministinnen haben wir keine Lust uns schon wieder mit Männern und Männlichkeit zu beschäftigen …**

Aber dennoch:

Kritische Männlichkeit gilt ein wenig als das Gegenstück zum Feminismus für Männer. Wenn es Aufgabe von FLINTA*s ist, sich um das Thema Feminismus in besonderer Weise zu kümmern, dann erscheint es nur anständig, wenn auch die Männer ein Thema haben, durch das sie in besonderer Weise aufgefordert sind, Verantwortung zu übernehmen. Hier kommt die kritische Männlichkeit ins Spiel. Ähnlich wie beim Kritischen Weißsein geht es darum, auch die unmarkierte, die scheinbar »normale« Position in den Blick zu nehmen. Praktisch geht es meist darum, sich als besonders reflektierter Mann zu präsentieren, sich ein zum Feminismus komplementäres Feld zu suchen bzw. auch sich selbst als den besseren Feministen darzustellen und zu präsentieren. So aber entsteht oft die paradoxe Situation, dass dort, wo es doch endlich auch mal um Frauen gehen sollte, darum, wie die weibliche Position unter den Voraussetzungen des Patriarchats unterdrückt und letztlich ausradiert wird, es plötzlich doch um die Männer geht. Allerdings in einem moralisch einwandfreien Sinne, gegen den auch kaum eine Frau etwas einwenden kann. Denn es soll ja gerade darum gehen, dass zu reflektieren, was auch die Frauen kritisieren, die patriarchalen Verhältnisse eben und ihre Auswirkung auf das eigene Verhalten. Gerade das führt aber dazu, dass nun doch wieder männliches Verhalten in den Blickpunkt rückt: Was daran könnte falsch sein, weil es zu dominant, laut, bevormundend etc. wirkt? Das aber impliziert nun gleich, dass es unter patriarchalen Bedingungen auch ein richtiges oder zumindest ein besseres Verhalten geben könnte. Und das die Frage des Feminismus sich von der Mühe darum und der Selbstreflexion nicht trennen ließe. Hier

aber genau liegt die Falle. Wie könnten Frauen das Patriarchat kritisieren und seine Auswirkungen auch in den eigenen Strukturen bemerken und analysieren, wenn sie doch von Männern umgeben sind, die für jede Kritik offen sind und stets darum bemüht, auf das Feedback der Frauen zu hören und sich zu verbessern?

Und so gelingt der kritischen Männlichkeit, was der Feminismus doch glaubte, überwunden zu haben: Die Konzentration auf Männer wieder salonfähig zu machen, wenn auch unter dem Deckmantel der schuldbeladenen Selbstreflexion statt der machtvollen Dominanz. Doch nur weil die Männer sich schuldig fühlen und darüber nachdenken, wie sie sich anders, besser verhalten könnten, nur weil viele von ihnen nun besser, auch den Frauen, erklären können, was denn eigentlich das Problem der Männlichkeit unter patriarchalen Bedingungen ist, geht es den Frauen noch lange nicht im Patriarchat besser, ist noch kein feministischer Kampf gefochten: Ganz im Gegenteil, oft verschiebt eine solche Vorgehensweise gerade den Fokus auf Forderungen und Appelle, die an das Verhalten der Männer zu stellen sind und von diesen in endlosen selbstreflexiven Schleifen implementiert werden sollen. Feminismus als Verhaltenstraining, dessen Ausdrucksform die kritische Männerrunde ist. Und am Ende müssen schlimmstenfalls die Frauen doch wieder die Männer trösten: Weil sie daran versagen, gute, kritische Männer zu werden, allen kritischen Bemühungen zum Trotz und sich dadurch nun schlecht und schuldbewusst fühlen.

Aber kommt so ein zerknirschter, kritisch-selbstreflektierter Mann von heute nicht gleich auch viel besser an bei den meisten Frauen?

## Klassismus statt Klasse

*»Ich als Arbeiterkind..«*

Es gibt einen Teil der Linken, der mit uns die Kritik an Identitätspolitik teilt. Ihm gilt diese Form von moralisch aufgeladener Politik als eine Herangehensweise privilegierter MittelschichtakademikerInnen, deren einzige Sorge ihrer Selbstverwirklichung und der Pflege ihrer Identität gilt. Sie beklagen die Abwendung der Linken von den Sorgen und Nöten der einfachen Leute, von der Arbeit an der Basis, in den prekären Vierteln, unter denen, die doch von dieser Gesellschaft wirklich ausgeschlossen werden und an den identitätspolitischen Diskursen schon aus sprachlichen wie kulturellen Gründen weder teilhaben können noch wollen. Sie finden, die Linke habe die ArbeiterInnen verraten und ihre politische Basis verloren. Angeprangert wird die komplexe Sprache, die lebensfernen Texte und Reden, die einfache Menschen nicht verstehen können, der hohe AkademikerInnenanteil in linken Gruppen.

Aber, halt, stopp, geht es hier etwa nicht wieder um Identität? Die KritikerInnen der Identitätspolitik unter den Linken kommen gerade deshalb oft selbst so identitär daher, weil sie selber einen Vorwurf formulieren, der viele trifft und betroffen macht, weil er, wieder mit moralisch erhobenem Zeigefinger, den anderen Linken vorwirft, sie hätten sich da eine falsche Identität angeeignet und würden sich an die Falschen wenden, eben an andere als die am meisten Prekarisierten, die Ärmsten, die ArbeiterInnen.

Aber liegt da nicht ein Missverständnis vor, das nicht abermals »links« als Identität denkt statt als gesellschaftliche Position und deshalb ein Urteil darüber ausspricht, was und wer nun links ist und wer dieses Linkssein eben verfehlt?

Während es der ArbeiterInnenbewegung um die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt in dem Sinne ging, dass von ihr aus die gesellschaftlichen Verhältnisse in Frage gestellt und letztlich überwunden werden können, geht es jetzt darum, diese ArbeiterInnen nicht schlechter zu behandeln als andere Teile der Gesellschaft. Wo eigentlich also die Aufhebung aller Klassen der Horizont des revolutionären Prozesses war, da geht es heute nur noch darum, dass, wenn die Klassen schon nicht aufgehoben werden können, zumindest Chancengleichheit unter den Zugehörigen der einzelnen Klassen hergestellt werden soll.

Wenn wir heute analytisch von Klassen sprechen wollen, dann gilt es in einer global arbeitsteiligen und ausdifferenzierten Gesellschaft genau zu analysieren, wer hier jeweils zu welcher Klasse gehört und welche Stellung im Produktionsprozess er*sie einnimmt. Was auf jeden Fall wenig hilfreich erscheint, ist den Begriff der Klasse als einen Containerbegriff zu benutzen, der all jene bezeichnet, die, nach welchem Maßstab auch immer, besonders stark ausgebeutet und unterdrückt werden, denn diese Tatsache sagt über die realen Möglichkeiten gemeinsamer Kämpfe wenig aus. Ob dies den Linken gefällt oder nicht: Diese realen Kämpfe und Aufstände gingen historisch und gehen heute nicht unbedingt von jenen aus, die uns moralisch dazu am Berechtigtsten erscheinen, weil sie in unseren Augen am meisten unter den Verhältnissen leiden und das größte moralische Recht hätten, gegen sie aufzubegehren. Wenn wir also an der Kategorie der Klasse festhalten wollen, so sollten wir darüber nachdenken, wie diese Kategorie heute für uns hilfreich sein könnte, die herrschenden Verhältnisse und ihre ökonomische Dimension besser zu durchschauen.

Stattdessen aber stürzen sich viele Linke hier auf ein weiteres Diskriminierungsverhältnis: den Klassismus, zu dem es auch wieder eine modische Theorie aus den USA gibt, die hierzulande etwa einen Soziologen wie Andreas Kemper darüber frohlocken lässt, dass die UN im Klassismus nun auch ganz offiziell eine neue Diskriminierungsform erblickt. Es geht um kulturelle und ideologische Faktoren, die die Zugehörigkeit zu einer Klasse mit sich bringt, und damit auch um die Felder auf denen sich klassenspezifische Diskriminierungen ereignen. Eine solche Zuspitzung verweist aber auf eine klar veränderte Stoßrichtung der Kritik: Statt Aufhebung der Klassen eine Reduzierung der Diskriminierung von Angehörigen der unteren Klassen in der Gesellschaft, an der Schule, Universität, in den Stipendienwerken. Nichts ist falsch daran, sich gegen Diskriminierungen aufzulehnen. Aber eine Linke, die nur noch die Ausschlüsse bestimmter Gruppen aus der kapitalistischen Gesellschaft bekümmert, läuft Gefahr, die Überwindung eben dieser Klassengesellschaft aus dem Blick zu verlieren.

# Critical Whiteness – das Ende jedes Antirassismus

*Ich als Person of Colour sehe mich in diesem Plenum mit meiner inhaltlichen Position nicht wahr- und ernstgenommen. Deshalb fordere ich von euch ein, dass Ihr eure Privilegien abcheckt und euch meiner Position anschließt. Wer dies kritisiert, sollte sich dringend mit seinem Rassismus auseinandersetzen.*

Wer kennt nicht diese oft emotional extrem aufgeladene Aufforderung, sich einer Selbstreflexion der eigenen Rassismen zu unterziehen, als Voraussetzung, um sich weiterhin an politischen (Gruppen-) Prozessen beteiligen zu dürfen?

Seit es im akademischen Raum eine Auseinandersetzung mit den US-amerikanischen Critical Whiteness Studies gibt, ist dies auch auf politische und besonders auf antirassistische Zusammenhänge übertragen worden und hat auch durch Antirassismus-Coachings in Schulen, Firmen etc. Einzug gehalten. Der Versuch dabei ist, die Subjekte des Rassismus zu Adressat:innen der Kritik zu machen.

Gesellschaftlich vermittelte und in der Sozialisierung erlernte rassistische Verhaltensmuster sollen durch Selbstreflexion, das Abchecken der eigenen Privilegien, ein erzeugtes schlechtes Gewissen angesichts der Verstrickungen in Widersprüche bewusstgemacht und bearbeitet werden: Durch selbstkritische Arbeit an den Verhaltensmustern – und einer ordentlichen Portion dauerhaft schlechter Laune.

Im Diskurs des Kritischen Weißseins sind Privilegien ungerechtfertigt, weshalb es eine Auseinandersetzung mit der verwerflichen Rechtfertigung dieser Privilegien geben muss. Privilegien in einem Willensakt der Egalisierung nach unten zurückzuweisen, versetzt Unterprivilegierte in keine bevorzugte Position. Außerdem kann solch ein Akt nur paternalistisch vollzogen werden – zumal die gleichen Machtverhältnisse wirksam bleiben. Halten wir es also mit Adorno: Die »Kritik am Privileg wird zum Privileg: so dialektisch ist der Weltlauf«.

Durch den Fokus des Kritischen Weißseins auf die individuelle Bearbeitung des Alltagsbewusstseins und der Vermittlung, Rassismus sei ein Problem des eigenen Verhaltens, kommt es zu einer (wohlwollend gesagt: unbewussten) Entgrenzung des Rassismusbegriffes und einer Entradikalisierung der antirassistischen Kritik. Während es in manchen Rasissmustheorien (Robert Miles) darum geht, Hautfarbe bewusst zu de-thematisieren

und so eine universalistische Perspektive im antirassistischen Kampf gegen das kapitalistische Ganze zu führen, geht es in der Theorie und Praxis der Critical Whiteness letztlich um eine Bezugnahme auf einen essenzialisierenden, festschreibenden Rassismusbegriff: Es wird das reproduziert, was man kritisiert; die Kategorien schwarz und weiß werden verfestigt, statt sie überwindbar zu denken. Der von selbstkritischen, rassismusbewussten weißen Menschen verlangte voluntaristische Rassenverrat verkennt die strukturelle Dimension des Rassismus und dessen koloniale Entstehung sowie dessen ökonomische Basis.

Kritisches Weißsein kommt auf Annahmen zurück, die schon längst überholt worden sind: So wird mit einer Betonung der »Racial identity« ein Rückschluss vom Sozialen auf das vermeintlich Natürliche gezogen und damit die soziale Position mit der politischen in eins gesetzt. Dies ist nicht nur extrem deterministisch, sondern letztlich ein konservatives Verständnis von Antirassismus, da eine Veränderung der Verhältnisse gar nicht mehr möglich wäre und Weiße auf Dauer an ihre Privilegien gebunden wären.

In einer strengen Auslegung des Kritischen Weißseins lässt sich Rassismus nicht von Weißen kritisieren. Dies verkennt jedoch, dass auch von Rassismus nicht negativ Betroffene ein ernsthaftes Interesse an einer Gesellschaft ohne Rassismus haben können.

Der Inhalt einer Positionierung kann eben nicht von der Identität der Sprecher:in abhängig gemacht werden. Schließlich ist Schwarzsein nicht per se eine absolute Opposition gegen das herrschende System. Auch sind von Rassismus Betroffene nicht automatisch antirassistisch, denn Diskriminierungserfahrungen bringen nicht automatisch emanzipatorische Perspektiven hervor.

Juliane Karakayali bringt es auf den Punkt, wenn sie sagt: »Ein Antirassismus, in dem nur diejenigen zu Wort kommen sollen, die als ›Opfer‹ davon betroffen sind, reduziert den ganzen emanzipatorischen Inhalt eines solchen Projekts auf eine Art Interessenvertretung oder sogar Generalversammlung eines Mainstreams der Minderheiten (Karakayali, 2012, S. 6).

Was dann in von Critical Whiteness bestimmten Räumen lediglich bleibt, ist Ressentiment – was unpolitisch und für soziale Prozesse zutiefst destruktiv ist.

# Kulturelle Aneignung

*»Dass so viele weiße Klimaaktivist*innen auf Klimacamps und in Aktionen mit Locks rumlaufen, wurde von BIPoC mehrfach öffentlich als einer der Gründe genannt, warum viele sich in Räumen der Klimabewegung in Deutschland oft nicht wohlfühlen können. Wir bitten dich, diese Kritik ernstzunehmen. Rede mit deinen Freund*innen oder Politgruppen über das Thema. [...] Sprich rassistisches Verhalten bei Freund*innen an. [...] Wenn du andere Menschen kritisierst: CHECK YOUR POSITION!«* [1]

Ob das Verbot von Yoga und Dreadlocks in Lützerath, die in der Mensa wegen Manipulation traditioneller vietnamesischer Rezepte vom AStA abgesetzten Gerichte, die Kritik an Kleidungsstilen bei der Fusion oder an bestimmten Tanzstilen bei linken Partys, die leidenschaftlich geführte Auseinandersetzung um Kulturelle Aneignung ist in der Linken immer wieder präsent und hat den liberalen Mainstream längst erreicht.
Nach der Definition Susan Scafidis ist kulturelle Aneignung eine »unerlaubte Wegnahme geistigen Eigentums, traditionellen Wissens oder kultureller Artefakte«. Dies sei besonders gravierend, wenn »die Quelle eine Minderheit ist, die unterdrückt oder in anderer Weise ausgebeutet wurde, oder wenn das angeeignete Objekt besonders sensibel ist, beispielsweise Heiligtümer«.

Diejenigen, die sich dieses Verständnis zu eigen machen betonen, wer als Angehörige_r einer ethnischen Minderheit sich beispielsweise dem Kleidungsstil der westeuropäischen Mehrheit anpasst, würde sich lediglich assimilieren. Wenn sich jedoch eine weiße Person Dreadlocks in die Haare zwirbelt, könne dies ein Übergriff auf die Kultur der Rastafari und deren historischen Widerstand sein – ohne als Weiße derselben Stereotypisierung und Repression ausgesetzt zu sein.

Diese Vereinnahmung betreffe symbolisches Kapital, aber auch den kommerzielle Aspekt, wenn die einen vom Handeln der anderen profitieren und aus ihren Traditionen und Ausdrucksformen Profit und kommerziell verwertbare Anerkennung ziehen. Letzteres ist natürlich nicht von der Hand zu weisen, auch wenn es sinnvoller wäre, hier von kultureller Ausbeutung zu sprechen, die gerade über symbolische Aneignung weit hinausgeht.

**1** Ende Gelände über ihr System Change Camp 2022, https://twitter.com/Ende__Gelaende/status/1552915021826605058

Ein solcher antirassistischer, Kampf um Kulturelle Aneignung geriert sich emanzipatorisch. Doch eine Kritik, die einen Zeichengebrauch an kulturelle Identitäten bindet, ist dies gerade nicht.

»Hindurch schimmert der Geist eines Authentizitätsfetischismus und reaktionärer Ethnopluralismustheorien, in denen Kultur ein verletzliches System ethnisch klar definierbarer Menschengruppen darstellt«, schreibt Marcus Latton. Einmal mehr wird in der Kritik Kultureller Aneignung im Namen der Gleichberechtigung ein essentialistisches Denken verteidigt, das Gruppen Wesensmerkmale und ein natürliches Schicksal zuweist und auch von Verlustängsten durchdrungen ist.

Solche Verlustängste prägen die in der Neuen Rechten einflussreiche Theorie des Ethnopluralismus. Deren Vordenker Alain de Benoist unterstreicht: Jede Kultur habe ihre eigenen Normen und der einzelne Mensch bestehe nur in Verbindung mit den Gemeinschaften, in die er eingeschlossen sei.

»Pluralistisch« ist an dieser Position jedoch nur die Vielzahl der ethnischen Gruppen, welche an sich wiederum als einheitlich und letztlich ahistorisch gedacht werden. Dies ist definitiv eine Denkform, die linke Politik aber auch die emanzipatorische Ethnizitätsforschung explizit ablehnt. Natürlich sind Kritiker_innen Kultureller Aneignung keine Ethnopluralist_innen, wir müssen aber ähnliche Begrifflichkeiten und theoretische Parallelen feststellen.

Zum einen bleibt die Kritik an Kultureller Aneignung hinter der Erkenntnis zurück, dass kollektive Identität eine Positionierung und keine Wesensbestimmung ist. Zum anderen leugnet sie das Bewusstsein davon, wie hybrid alle Formen der Identifizierung immer schon waren.

Wenn Solidarität von Menschen, die nicht die gleiche ethnische Zugehörigkeit und eine identische Klassenlage teilen oder dasselbe Geschlecht haben, unmöglich gemacht wird und ein kulturelle Bezugnahme per se als Kulturelle Aneignung betrachtet und bekämpft wird, ist ein gemeinsamer Kampf nicht möglich. Aber das wäre dringend nötig!

## Von Palitüchern und Boykottkampagnen

*»Wir machen nicht mit in diesem Bündnis, wenn diese Gruppe auch dabei ist,« sagt Delegierte X beim Bündnistreffen »die haben nämlich Verbindungen zu einer anderen Gruppe, die beim BDS mitmacht. Und die bestreiten das Existenzrecht Israels«.*

Der Nahostkonflikt beschäftigt die bundesdeutsche Linke seit geraumer Zeit. Und doch ist es bei den meisten eine seltsam unpolitische Beschäftigung. Denn es ist ja nicht so, dass die gegenwärtigen Ereignisse in Israel/Palästina Gegenstand zahlreicher politischer Debatten hierzulande sind und von den meisten aufmerksam verfolgt und analysiert werden. Es gibt zwar so etwas wie eine palästina-solidarische Bewegung, die besteht aber vor allem aus Menschen, die zumindest in zweiter oder dritter Generation familiäre Verbindungen haben. Es gibt keine vergleichbare Bedeutung dieser Solidaritätsarbeit, mit der, die einst als Lateinamerikasolidarität eine große soziale Bewegung bildete, ja nicht einmal mit der Kurdistan-Solidarität.

Und auch auf der umgekehrten Seite, bei denen, die sich an vorderster Front die Solidarität mit Israel auf ihre Fahnen schreiben, scheint die Begründung meist eher eine moralische als eine politische zu sein: Es geht um die Verantwortung im Lande der Täter, die zur bedingungslosen Solidarität mit Israel drängt, als dem Staat, den die einstigen Opfer errichtet haben, damit sich Auschwitz nicht wiederholen könne. Die konkrete Unterstützung etwa in Gesellschaften deutsch-israelischer Freundschaft kann dann sogar in Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften, auch aus CDU und FDP kommen. Wie ja auch der Bundestagsbeschluss, die BDS-Kampagne für antisemitisch zu erklären, fraktionsübergreifend von den bürgerlichen Kräften im Bundestag getragen wurde.

Statt aber in einen Dialog mit israelischen und palästinensischen Linken zu treten, die Situation dort zu analysieren oder auch aufzudecken, wie die Erinnerungskultur hierzulande instrumentalisiert wird, um die Deutschen als Volk mit weißer Weste darzustellen, das sich vorbildlich von seiner historischen Schuld reingewaschen habe, und Antisemitismusvorwürfe weitgehend zu externalisieren, konzentriert sich die Linke hierzulande ausschließlich darauf, potentielle AntisemitInnen in den eigenen Reihen ausfindig zu machen. Dazu reichen Identitätsmarker, das Palituch zum Beispiel, das, unter Ausklammerung seiner vielstimmigen Widerstandssymbolik in verschiedenen Ländern, als Indiz für Antisemitismus und das Bestreiten des Existenzrechtes Israels gedeutet wird. Dazu

reicht auch die Kontaktschuld, die es darstellt, jemanden getroffen zu haben, der der BDS-Kampagne nahe steht. Dabei wird wenig darüber gestritten und nachgedacht, wo diese Position genau die herrschenden Diskurse über den Staat Israel in der Bundesrepublik reproduziert, wie mit der aktuellen Situation einer rechten Regierung umzugehen sei oder was eigentlich die israelische Linke denkt und wie sie die Situation reflektiert.

Was statt Reflexion, Diskussion und politischem Streit gefragt ist, sind vielmehr Bekenntnisse, keine AntisemitInnen zu sein und das Existenzrecht Israels vollumfänglich anzuerkennen. Dieser Zwang zum Bekenntnis ist nicht wegen der Inhalte des Bekenntnisses problematisch, sondern wegen seiner Form: Es wird unterstellt, man sei antisemitisch und mit Ausschlüssen aus Bündnissen und Zusammenhängen gedroht, ohne eine wirkliche Grundlage zu haben. Dort wo Raum sein sollte für kritische Nachfragen, politische Konflikte, hitzige Debatten und Streit, regiert das moralische Urteil, gern auch in Abwesenheit gefällt, ohne die anderen zu hören. Und das löst oft kaum Widerspruch aus, denn wer möchte schon selber in Verruf geraten, keine eindeutige Position zum Antisemitismus zu haben, sich hier nicht schnell und entschieden genug abzugrenzen.

So verkommt der Antisemitismusdiskurs innerhalb der bundesdeutschen Linken schnell zu dem, was diese eigentlich in der Gesamtgesellschaft kritisieren müsste: dem Versuch, sich als gute, geläuterte Deutsche gerade durch eine weiße Weste auszuzeichnen, da man doch selber mit Israel in einem Maße solidarisch sei, das aufzeigen muss, dass man hier nun endlich auf der moralisch richtigen Seite der Geschichte steht, bei den einstigen Opfern.

## Anti-Diskriminierung – der Siegeszug eines bürgerlichen Diskurses

*»Aber das Wichtigste muss doch sein, dass wir hier zumindest niemanden diskriminieren.«*

Es gibt kaum eine Sache, die Linke mehr fürchten, als dass sich eine Person von ihnen diskriminiert fühlen könnte. Denn nichts könnte ja unmoralischer sein als das: Ein Individuum, das aufgrund irgendeines Identitätsmerkmals ausgeschlossen und nicht anerkannt wird. Diskriminierung ist also gleichbedeutend mit Ausschluss und Nicht-Anerkennung und dass dergleichen ihnen vorgeworfen wird, ist die größte Furcht der meisten Linken.

Viele kompensieren das mit einer Art Überanpassung: Wo sie ein Identitätsmerkmal wittern, das zu Ausschlüssen führen könnte, begegnen sie ihren TrägerInnen oftmals mit einer servilen Haltung der Überfreundlichkeit, die meistens genau einer positiven Diskriminierung entspricht. Denn Diskriminierung fokussiert auf Identität und deshalb verfängt sich ein Antidiskriminierungsdiskurs genau in jenem Zirkel von Moral und Identität, der jegliche politische Analyse überflüssig macht und uns so in eine Ohnmacht einschließt, die als sinnvolle Aktionsformen in letzter Konsequenz nur noch die Belehrung anderer oder die endlose Selbstreflexion erscheinen lässt.

Dabei ist es doch eigentlich gar nichts Linkes über Diskriminierung zu reden, wie es ein Diskurs suggeriert, für den Linkssein gleichzusetzen ist mit einer moralischen Haltung, dem ständigen Bemühen alle Identitäten vorbehaltlos zu akzeptieren und ihnen mit Aufmerksamkeit und Sensibilität zu begegnen. Daran mag tatsächlich nichts falsch sein, bloß: es ist deshalb noch lange nicht links.

Wenn wir als links nicht eine moralische Haltung, sondern eine bestimmte Form der Gesellschaftsanalyse bezeichnen, die die Unterdrückungsverhältnisse zum Ausgangspunkt nimmt, diese Gesellschaft zu verstehen und zu verändern, dann kommen wir mit dem Diskriminierungsdiskurs nicht wirklich weiter. Denn dass niemand diskriminiert werden soll, meint ja im Grunde nur, dass als politisches Ziel eine Gleichstellung aller gesellschaftlichen Gruppen, aller Identitäten angestrebt wird. Eine solche formale und rechtliche Gleichstellung steht dem Kapitalismus grundsätzlich nicht im Wege, ja sie mag unter bestimmten Umständen für das kapitalistische Projekt sogar förderlich sein, denn die formale Gleichheit vor dem Recht bildet ja im Kapitalismus die Grundlage der Ausbeu-

tung: Weil alle vor dem Recht gleich sind, konkurrieren sie unmittelbar miteinander und haben die Möglichkeit, Verträge zu schließen und damit ihre Arbeitskraft so zu verkaufen, dass dabei Mehrwert entsteht, der vom Kapital abgeschöpft werden kann.

Deshalb kann es aus einer linken Perspektive, die diese gesellschaftliche und ökonomische Struktur grundlegend kritisiert, nicht darum gehen, einfach nur etwas als diskriminierend zu benennen und damit auf eine falsche, unmoralische Haltung zu verweisen, die dringend einer Verhaltensänderung bedarf. Vielmehr geht es darum, grundsätzlich aufzudecken, um welche Formen der Unterdrückung es jeweils geht und welche Funktion diese im gesellschaftlichen Ganzen haben. Über Unterdrückung zu reden, legt nämlich wieder offen, was der Diskriminierungsdiskurs verschleiert: Es geht nicht einfach nur darum, dass formale Gleichheitsrechte verletzt und Individuen oder gesellschaftliche Gruppen aufgrund bestimmter Identitätsmerkmale benachteiligt werden, was sich durch Bewusstseinsarbeit und Verhaltensänderung aus der Welt schaffen ließe. Vielmehr halten sich bestimmte Strukturen gerade deshalb so hartnäckig, weil ihre Fortexistenz für die Funktionsweise dieser Form des Kapitalismus notwendig ist. Jene Ideologie der Ungleichheit, die jeder Diskriminierung zugrunde liegt, ist also mit einem bestimmten Bild und einer Vorstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse verbunden, die ihrerseits eine Funktion im gesellschaftlichen Ganzen haben.

Gerade der neoliberale Kapitalismus beruht auf einer Anerkennung und Multiplikation von Identitäten, die sie zur Gleichheit auf dem kapitalistischen Markt zwingt: Jede*_r/S darf eine Identität haben und wählen, aber diese muss verwertbar sein und somit integrierbar. Nicht die Anrufung der Moral im Namen des Verbots irgendjemanden zu diskriminieren, sondern allein eine gemeinsame Suche nach dem, was sich einer solchen Verwertbarkeit entzieht und sich somit nicht festlegen, bestimmen und identifizieren lässt, können diesen Zirkel aus Identität und Moral durchbrechen und uns in eine Freiheit führen, die weit mehr ist, als von Diskriminierung frei zu sein.

# Das Elend der Moral – oder: was heißt eigentlich »rechtsoffen«?

*»Mit diesen Menschen möchte ich nicht zusammenarbeiten,
die haben sich nicht klar abgegrenzt von Schwurblern.«*

Inzwischen sollte sich herumgesprochen haben, dass die Anforderungen des neoliberalen, postfordistischen Kapitalismus an die Einzelnen vor allem im großen Postulat der »Selbstoptimierung« bestehen, im Zwang zur schöpferischen Selbstoptimierung und Individualisierung.

Und wie es der Kapitalismus nun einmal an sich hat, bleiben diese Zurichtungen nicht auf die Arbeitswelt beschränkt. Kinderkrippe, Schulen und Universität durchtränken die Menschen mit diesen Idealen der Eigenverantwortlichkeit und Perfektionierung, und so wundert es nicht, wenn solche Vorstellungen auch im politischen Selbstverständnis derer auftauchen, die eigentlich mit feinem Gerechtigkeitsgespür und dem Willen, eine bessere Welt zu schaffen, ausgestattet sind.

Das postfordistische Subjekt der Selbstoptimierung erfährt als Figur eines der eigenen moralischen Perfektion verpflichteten Typus des politischen Aktivisten im Kampf gegen Umweltzerstörung, Ausbeutung und Ungerechtigkeit seine Wiedergeburt: in der Verpflichtung auf Selbstoptimierung im Sinne der permanenten Arbeit an der eigenen moralischen Integrität. Die Frage nach strukturellen Zusammenhängen und historischen Kontexten gerät zugunsten der eindeutigen Scheidung von Gut und Böse, Richtig oder Falsch in den Hintergrund.

Immer weniger geht es darum, Verhältnisse zu überwinden und diesen Kampf als den der Unvollkommenen zu verstehen. Statt dessen entwickelt man eine Position der moralischen Integrität, nein Perfektibilität und Überheblichkeit, die sich zur Arroganz eines permanenten Urteils über die politisch falsche Position der jeweils Anderen ausweitet. Die Unerbittlichkeit solcher Positionierung zeigt sich beispielsweise in der Selbstbezeichnung einer Gruppe, die sich über vermeintliche »Coronaleugner*innen« und/oder Nazis hermacht, und sich »Schwurbelbuster« nennt. Jenseits eines zugegebenermaßen möglichen selbstironischen Anteils steckt in diesem Namen doch auch ein unerträglicher Hyperhygienismus. Erinnern wir uns an das Vorbild: »Ghostbuster« kämpfen gegen das Irrationale,

gegen die totale Bedrohung. Im Film besteht ihre Aufgabe darin, den Vernichter-Gott »Gozer« seinerseits zu vernichten, um damit die Welt vor ihrer Zerstörung zu retten. Das genau ist die Gefahr einer Linken, die sich je individuell in das absolut Gute retten will. Sie will alles absolut beurteilen und sieht in vielem, viel zu vielem in der Welt das absolut Böse. Die Fähigkeit zum Denken in Widersprüchen, wir nannten es einmal dialektisches Denken, ist verloren gegangen.

Genau deshalb waren auch schon vor Jahren die wenigsten bundesdeutschen Linken in der Lage, in der französischen Bewegung der *gilets jaunes (Gelbwesten)* ein politisches Phänomen zu sehen, das auch kritisches, emanzipatorisches Potential besaß. Genau deshalb gab und gibt es eine gnostische (hier das Gute, dort das Böse) Sicht auf die coronamaßnahmenkritische Bewegung, aber auch auf die bürgerliche Friedensbewegung und ihr Verhältnis zueinander. Das Zauberwort heißt «rechtsoffen» und soll in der Unübersichtlichkeit der Welt eine vermeintliche Übersicht wiederherstellen. Denn was soll schon »rechtsoffen« bedeuten, wenn wir von einer bürgerlichen Friedensbewegung reden, die tatsächlich zum konservativen gesellschaftlichen Bereich gehört. Sind dann nicht auch Grüne, Jusos, die FDP, der ADAC, Sportvereine und Bürgerinitiativen »rechtsoffen«? Dem Begriff »rechtsoffen« fehlt es an analytischer Schärfe; denen die ihn benutzen, fehlt es an Bereitschaft, die Gesellschaft in Widersprüchen zu denken und vor allem fehlt es ihnen an der Fähigkeit, sich selbst als widersprüchlich in widersprüchlichen Verhältnissen zu denken.

Aus dieser Position heraus entwickelt sich in Teilen der Linken ein autoritärer Habitus, ein autoritärer Charakter, der fatal ist. Vor allem, weil er eins der höchsten linken Güter aufgibt, nämlich in und mit Widersprüchen leben zu können und sie politisch für eine emanzipatorische Bewegung fruchtbar machen zu können. Unter dem Deckmantel von Inklusivität, Pluralität und Diversität verkommt die Linke zur Moralpolizei. Wie fatal das ist, hat DancingBull beschrieben: »Wer die Gesellschaft zusammen mit den Menschen in ihr emanzipatorisch verändern will, muss zwangsläufig »rechtsoffen« sein, wenn diese Gesellschaft in großen Teilen (zurecht) rechts verortet wird. Alles andere geht in Richtung Nordkorea & Co.«[2] Wer das verweigert, verkommt übrigens auch zur ZuschauerIn der Geschichte: im andauernden Warten auf den richtigen Ort und die richtige Bewegung.

2 https://www.untergrund-blättle.ch/politik/theorie/framing-rechtsoffen-7331.html

## Selbstreflexion als moralische Selbstoptimierung

*Eine gängige Aussage in der Vorstellungsrunde, meist aber vor allem, die Einleitung zu einem eigenen längeren Input lautet manchmal so: »Ich als weiße Person, cis-weiblich, aus einer Mittelschichtfamilie, Akademikerin, heterosexuell…«*

Die eigene Position offen zu legen und damit sich selbst und anderen jene Privilegien deutlich zu machen, von denen man profitiert, gilt in vielen linken Kreisen als Ausweis der eigenen moralischen Integrität. Mit einer Aufzählung all jener Identitätsmarker, die eine/n wirklich oder vermeintlich in den eigenen Augen oder den Augen anderer charakterisieren, wird signalisiert, dass man die eigene gesellschaftliche Position in den Blick nimmt, nicht verschleiern will, aus welcher Position man gerade spricht.

Umgekehrt ist es weniger das Besitzen von Privilegien, die Tatsache, das man aus einer wohlhabenden Familie kommt, Stipendien von renommierten Stiftungen bekommt, eine akademische Karriere anstrebt oder auf ökonomische und soziale Sicherheiten setzt, das einen in linken Kreisen moralisch diskreditiert, als vielmehr die Tatsache, dies nicht kritisch zu reflektieren, kein ausreichendes Bewusstsein darüber zu haben. Deswegen ist es weit seltener Thema, auf welcher Grundlage man/frau bestimmte Lebensentscheidungen trifft, was diese mit dem eigenen Politikverständnis zu tun haben, von welchen Dingen im eigenen Leben oder dem Leben anderer wir glauben, sie seien privat oder intim und welche wir politisch diskutieren wollen. Vielmehr werden Privilegien ja vor allem als an die eigene Identität gekettet verstanden. Von dieser Identität wird behauptet, dass sie irgendwie gegeben oder vorgefunden ist. Wir haben sie nicht gewählt, wir können sie nicht ändern, aber wir können sie reflektieren und sie nach außen transparent machen. Die Reflexion freilich kreist meistens in endlosen Schleifen darum, was das eigene Privilegiert-Sein ausmacht, und findet eine eigentümliche Lust darin, immer neue Aspekte der eigenen Privilegien zu entdecken, immer neue Vorteile, die wir daraus ziehen, nicht schwarz, homosexuell, behindert, häßlich, dick, ungebildet oder arm zu sein und sich dafür schuldig zu fühlen. Um diese Schuld und auch die eigenen Privilegien abzubauen, benötigen die meisten den Kontakt zu Personen, die all das eben sind: FreundInnen und GenossInnen zu haben, die eben nicht jener privilegierten Identitätsgruppe entsprechen, zu der wir selber dann gehören, lassen uns sich gut fühlen, sie legitimieren die eigene Position. Statt diese in der Diskussion politisch zu füllen, fühlen sich viele Linke weit wohler in der Rolle

von MentorInnen derjenigen, die weniger privilegiert sind als sie. Interessanterweise wird die privilegierte Position, sich auf die Unterstützung anderer zu konzentrieren und sich selbst nicht die Hände schmutzig machen zu müssen, meist genausowenig reflektiert wie diese freundschaftlichen, genossenschaftlichen, manchmal auch sexuellen Beziehungen selbst: Wer würde das auch schon wagen, aus einer privilegierten Position heraus?

Und so verschleiert die Positionierung oft mehr als sie aufzudecken vorgibt: Denn durch die möglichst detaillierte Beschreibung all jener Identitätskategorien, in die ich mich selber einordne und nach denen mich andere klassifizieren, habe ich über meine politische Position und ihre Begründung noch nichts verraten.

## Literaturempfehlungen


- Bafta Sarbo, **Diversität der Ausbeutung. Zur Kritik des herrschenden Antirassismus**, Berlin 2022.
- Eva Berendsen (Hg), **Trigger Warnung. Identitätspolitik zwischen Abwehr, Abschottung und Allianzen**, Berlin 2019.
- Koschka Linkerhand, **Feministisch streiten. Texte zur Leidenschaft und Vernunft ohne Frauen**, Berlin 2018.
- Michael Ramminger, Julia Lis, **Der verweltlichte Pietismus. Die Linke wendet den Selbstoptimierungszwang gegen sich selbst**, nd vom 19.02.2021 *www.nd-aktuell.de/artikel/1148506.gesellschaftliche-linke-der-verweltlichte-pietismus.html*
- Michael Ramminger, Julia Lis, **Verschuldung ohne Ende**, nd vom 26.11.2021 *www.nd-aktuell.de/artikel/1158913.kritische-theorie-verschuldung-ohne-ende.html*
- Patsy L'Amour Lalove (Hg.), **Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten**, Berlin 2017.
- Tove Soiland, **Die Verhältnisse gingen und die Kategorien kamen. Intersectionality oder Vom Unbehagen an der amerikanischen Theorie** *http://portal-intersektionalitaet.de/theoriebildung/ueberblickstexte/soiland/*
- Ulrike Marz, **Kritik des Rassismus**, 2020
- Tove Soiland, **Sexuelle Differenz. Feministisch-psychoanalytische Perspektiven auf die Gegenwart**, Münster 2022.
- Sebastian Friedrich, **Lexikon der Leistungsgesellschaft. Wie der Neoliberalismus unseren Alltag prägt**, Münster 2016.
- **Jedem Stamm seine Bräuche** www.*jungle.world/artikel/2016/35/jedem-stamm-seine-braeuche*
- **Die Freiheit der Kunst zwischen Cancel Culture und Cultural Apropriation** *www.journals.ub.uni-heidelberg.de/index.php/xxi/article/view/89067/84800*

„Wer kennt sie nicht, die beklemmende Atmosphäre von Plena, in denen in den meisten Köpfen das gleiche vorzugehen scheint: Bloß nichts Falsches sagen, sich nichts anmerken lassen, was von anderen als diskriminierend empfunden werden könnte, am besten keine Gemütsregungen zu zeigen, die etwas zum Ausdruck bringen als eine angestrengt freundliche Aufmerksamkeit, die darüber wacht, dass hier im Raum nichts geschieht, womit sich Menschen unwohl fühlen könnten…“

Moral hat die Politik zunehmend verdrängt. Ob Feminismus, Rassismus, Internationalismus, Zuwendung zu den Prekarisierten: Es gibt kaum ein Thema in der Linken, das nicht moralisch aufgeladen ist, keine Diskussion, deren Anfang und Ende nicht Fragen des richtigen oder falschen Verhaltens sind.

Diese Broschüre soll einen Beitrag dazu leisten, dass wir wieder fähig werden zu dissidenten Positionierungen zu kommen, auch wenn sie umstritten sind. Wir wollen wieder eine Überwindung des Bestehenden ins Zentrum linker, antagonistischer Politik stellen, statt uns von moralischen Ressentiments und Verhaltenskontrollen bestimmen zu lassen!